Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch

Freitag, 11. Juni 2021 | Nr. 23 | 63. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Neuer Anlauf für Angleichung des Rentenalters
Seite 2

Kanton Zürich
Steckt die Ambulanz bald im Stau?
Seite 3

Aktuell
Kritischer Blick auf den tertiären Bidlungsbereich
Seite 4–5

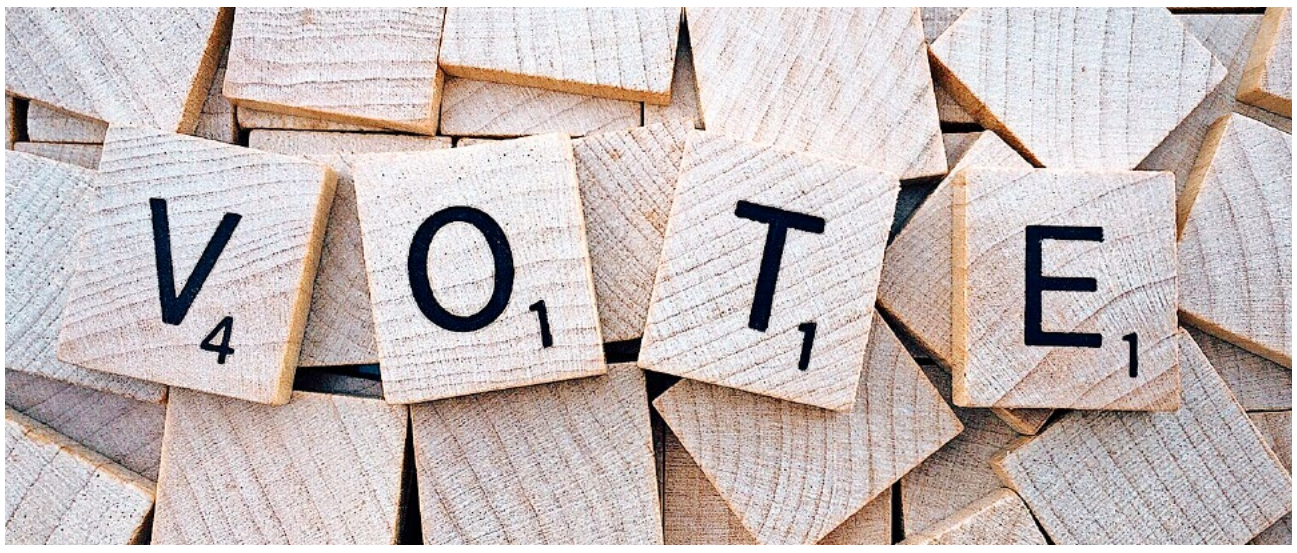
Parlamentsgemeinden
Winterthurer Stadtrats-Kandidat Thomas Wolf im Gespräch
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Höhenfeuer 26.6. Schlattgut Herrliberg
Seite 8

ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI 2021

Bevormundung, Umverteilungen, Verbote oder 6 × NEIN

Fünf eidgenössische und drei kantonale Vorlagen werden am kommenden Sonntag an der Urne entschieden. Zeit für einen Überblick. Verlieren wir noch mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung?



Bei einigen Vorlagen dürfte es eng werden. Daher gilt: Wer die Positionen der SVP teilt, geht an die Urne. Bild Pixabay

Wir stehen schon wieder vor einem sogenannten Super-Abstimmungs-Sonntag. Wie im vergangenen Herbst kämpfen wir für unsere Freiheit, Selbstbestimmung und gegen neue Verbote. Ich beleuchte jede Vorlage nochmals kurz, damit am Sonntag beim Mitfiebern vor den Monitoren niemand den Überblick verliert.

Wie so oft laufen die kantonalen Vorlagen unter dem Radar der grossen Medienhäuser. Obwohl sie spürbare Auswirkungen auf unser Portemonnaie haben.

Umverteilungs-Initiativen im Kanton Zürich

Sollen Wenigverdiener mehr Geld für die Krankenkassenprämien erhalten? Die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» der CVP fordert mehr Geld für Prämienverbilligungen. Im Kanton Zürich profitiert jedoch bereits jeder dritte Haushalt von den Prämienverbilligungen. Der Posten Gesundheit resp. Krankenkassenprämien gehört in das Haushaltsbudget jedes Schweizers. Der Staat beteiligt sich schon genügend an den Gesundheitskosten in unserem Kanton. Ein NEIN zur Initiative «Raus aus der Prämienfalle» bewahrt den Kanton Zürich vor zusätzlichen Kosten von rund 40 Millionen Franken.

Wer will nicht mehr Geld für seine Kinder erhalten? Klingt doch sympathisch, ist es aber nicht. Eltern sollen auch in Zukunft für ihre Kinder zuständig sein und nicht der Staat. Oder soll der Staat, wenn er die Kinder schon finanziert, nicht auch gleich noch vorschreiben wie viele Kinder jedes Paar zeugen darf? Die Initiative «Mehr Geld für Familien» der EDU ist gut gemeint, würde aber unsere Gewerbebetriebe mit zusätzlichen Kosten über die Kinderzulagen erneut belasten. NEIN zu einer massiven Zusatzbelastung von ca. 350 Millionen pro Jahr für unsere Zürcher Unternehmer.

Geldspiel-Insel Zürich

Der Kanton Zürich muss sein kantonales Geldspielegesetz dem vor drei Jahren beschlossenen Bundesgesetz über Geldspiele anpassen. Es bringt eine wesentliche Änderung: Restaurants und Bars dürfen wieder Spielautomaten aufstellen. Ganz im Sinne der Zürcher SVP – weniger Verbote und Bevormundung, mehr Freiheit. Glückspiele sind im digitalen Zeitalter überall zugänglich. Es gibt keinen Grund, im Kanton Zürich vom Bundesgesetz abzuweichen. JA zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele.

Umverteilung auf Bundesebene – CO_2-Gesetz

Noch immer im Bann der Klimahysterie hat das Parlament in Bern den sogenannten klimarettenden Kompromiss geschmiedet. Das Ergebnis: Ein CO_2-Gesetz, welches unnötige Bürokratie bringt, Milliarden verschlingt, den Stadt-Land-Graben noch weiter aufreisst und dem Klima rein gar nichts bringt. Kann die SVP am Sonntag den grossen Sieg gegen die Klimahysterie einfahren? Mehr dazu von Ueli Bamert auf Seite 2.

Prävention, bevor es knallt

Der islamistische Terror ist zurück in Europa. Und sogar in der Schweiz gab es in jüngster Vergangenheit terroristisch motivierte Attentate. Attentate können ein ganzes Land erschüttern und sorgen für viel Leid, Angst und Unsicherheit. Es ist wichtig, potenzielle Attentäter früh zu erkennen und aus dem Verkehr ziehen zu können. Mit dem «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)» erhält die Polizei Instrumente (z.B. Kontaktverbote, Ausreiseverbot, Hausarrest etc.), um mit terroristischen Gefährdern entsprechend umgehen zu können.

Schluss mit der Bevormundung – zurück zur Freiheit

Die Delegierten der SVP Kanton Zürich haben zurecht die NEIN-Parole zum Covid-Gesetz beschlossen. Ein klares Signal: Zurück zur Freiheit und Eigenverantwortung – zurück zur Normalität in unserem Land. Die Impfungen wirken, die Fallzahlen sinken rasant, Schluss mit der Bevormundung durch den Staat. Das aktuelle Gesetz gilt bis Ende September 2021. Für Branchen die auch danach noch auf Härtefallgelder angewiesen sind, bleibt genug Zeit, eine neue rechtliche Grundlage zu schaffen.

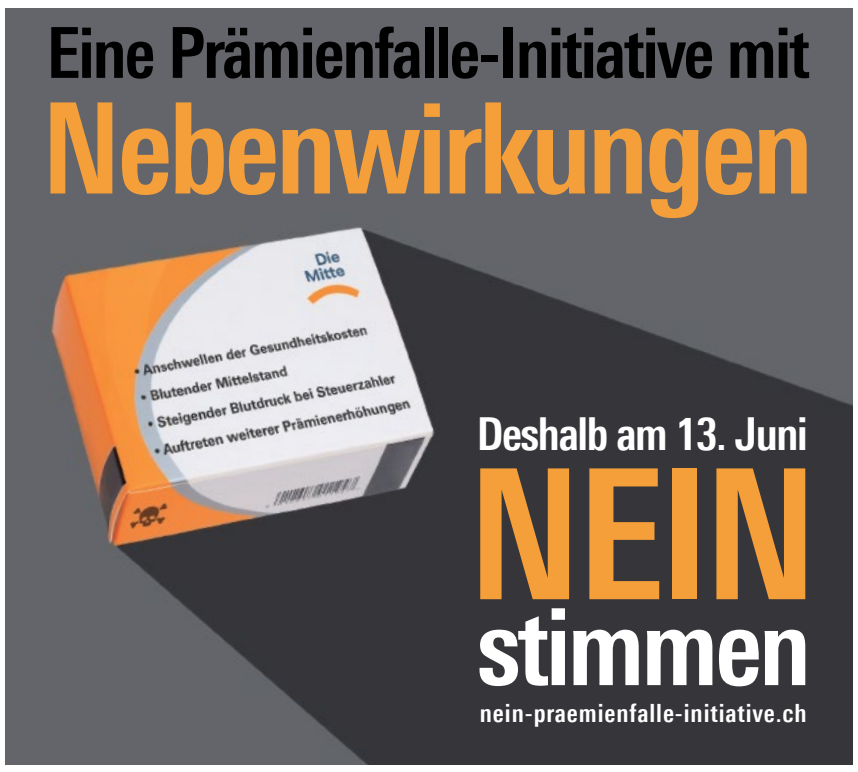
Stadt gegen Land

Die beiden Pestizidinitiativen haben die bäuerliche Landbevölkerung wachgerüttelt. Wird die Schweizer Landwirtschaft und die Lebensmittelbranche auf den Kopf gestellt? Ein emotionaler Abstimmungskampf ist entstanden. Qualitativ hochstehende Lebensmittel wollen alle – Stadt und Land. Doch das Wissen über den Weg unserer Nahrungsmittel vom Feld auf den Teller ist in der städtischen Bevölkerung verloren gegangen.

Die Wertschätzung dafür, jeden Tag gesunde, bezahlbare Lebensmittel in einer unvergleichlichen Auswahl auf dem Teller zu haben, scheint nicht mehr vorhanden zu sein. Anders kann ich die hohe Zustimmung zu solch einseitigen, nicht durchdachten und extremen Initiativen nicht deuten. Ich will nachhaltige und leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe in der Schweiz. Diese sollen nachhaltige und qualitativ hochstehende Nahrungsmittel produzieren. Deshalb braucht es zweimal ein NEIN zu den extremen Agrarinitiativen.

Ich wünsche einen spannenden Abstimmungssonntag mit 6 × NEIN und 2 × JA.

Domenik Ledergerber
Kantonsrat SVP
Herrliberg



SVP-Polit-Apéro
SVP Züri 11
Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 25. Juni 2021, ab 18.00 Uhr mit

Andreas Glarner
Präsident SVP Aargau
und Nationalrätin SVP AG

Thema:
Migrationspolitik zwischen Gutmenschen und Hardlinern

Ort: Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm: ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

Informationen über weitere Anlässe der SVP Zürich 11 finden Sie unter: www.svp-zuerich11.ch
SVP Zürich 11, 8050 Zürich

Christoph Mörgeli

Angriffig wie ein Rottweiler

Neuerdings plustert sich der Europa-Abgeordnete Andreas Schwab auf, als wäre er Aussenminister der Europäischen Union. «Diese Chuzpe muss man haben», empörte sich der Berufspolitiker nach dem Scheitern des EU-Rahmenvertrags. Die 1,3 Milliarden Kohäsionszahlungen beurteilt Schwab als «kleinen Betrag». Dann gab er noch einen drauf: «Wir haben uns dreissig Jahre weiterentwickelt» – während die Zeit in der Schweiz offenbar stehengeblieben ist. Abgesehen vielleicht von einem Plus von zwei Millionen Menschen. Schwab findet auch, dass die Schweiz dank der EU «gut verdient». Nur verdient die EU dank der Schweiz zwanzig Milliarden Franken mehr. Im «Spiegel» meinte Andreas Schwab: «Die Welt dreht sich nicht nur um die Schweiz.» Doch dreht sich die Welt etwa um die EU? Laut Gewerkschaftszeitung «Work» ist Schwab ein Lobbyist süddeutscher Firmen, die im Nachbarland «weniger kontrolliert, erwischt und gebüsst» werden wollen. Sein Nachname ist Programm, hat doch das Wort «Schwab» hierzulande einen eher unfreundlichen Klang. Weit unpassender ist der Vorname Andreas, eigentlich der «Tapfere». Doch was ist tapfer daran, als selbst ernanntes Sprachrohr von 450 Millionen ein 8,6-Millionen-Volk zu drangsalieren?

Andreas Schwab stammt aus Rottweil. Und macht der dort beheimateten Hunderasse alle Ehre. Seit 1463 war diese Stadt ein «zugewandter Ort» der Eidgenossenschaft. 1519 beschworen alle männlichen Einwohner den «ewigen Bund» mit den Schweizern. Das Rathaus schmückten die Wappen der Bündnispartner. Auf dem Rottweiler Marktbrunnen steht ein Schweizer Fahnenträger. Nach dem Stadtbrand von 1696 zeigte sich die Schweiz solidarisch und half beim Wiederaufbau nach Kräften mit. Die Rottweiler verpflichteten sich, nur mit Zustimmung der Eidgenossen Kriege anzufangen. Andreas Schwab hat diese Zustimmung leider nicht eingeholt.

Übrigens musste der Bischof von Chur dem Schultheissen von Rottweil seit dem Mittelalter jährlich einen Habicht schenken. Das mag erklären, dass gewisse Rottweiler wie Andreas Schwab bis heute einen Vogel haben.

SESSIONSBERICHT

Neuer Anlauf zur Angleichung des Rentenalters

Die zweite Woche war geprägt von der letztjährigen Staatsrechnung, sicherheits- und aussenpolitischen Themen, Änderungen im Covid-19-Gesetz, der Armeebotschaft 2021, dem Kostendämpfungs-Paket 1 der Krankenversicherung sowie vom Geschäft über die Stabilisierung der AHV.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Die in der Staatsrechnung ausgewiesenen Einnahmen belaufen sich für das Jahr 2020 auf 72 Milliarden Schweizer Franken, die Ausgaben auf 88 Milliarden. Das Finanzierungsdefizit beläuft sich auf insgesamt 15,8 Milliarden Franken. 14,7 Milliarden Franken des ausgewiesenen Defizites sind auf die ausserordentlichen Aufwendungen als Folge der Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Der Ertrag der Tabaksteuer konnte um 3,1 Prozent oder 63 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, was dem Wegfall des Einkaufstourismus und dem Wegfall der Duty-free-Einkäufe zuzuschreiben ist. Die Mineralölsteuer ging um rund 6 Prozent zurück. Die Mobilität ging in der Covid-Krise spürbar zurück. Ebenfalls dürfte die steigende E-Mobilität einen Beitrag zu den Mindereinnahmen geleistet haben. Die Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz durch die EU und die von Bundesrat Ueli Maurer ergriffenen Massnahmen haben zwischen 600 und 700 Millionen Franken Mehreinnahmen generiert. Diese schikanierende Druckmassnahme der EU hat sich für die Schweiz am Ende als vorteilhaft erwiesen. Der Personalbestand beläuft sich unterdessen auf 37 689 Vollzeitäquivalente. Das ist ein Plus von 662 Stellen, von denen die meisten, nämlich 306 Stellen, auf das VBS entfallen. Im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation waren es 93 Stellen mehr; dies im Hinblick auf die Umsetzung des CO_2-Gesetzes. Obwohl im erläuternden Bericht über das CO_2-Gesetz steht, dass mit 19,5 Stellen zu rechnen ist. Zeigt diese Diskrepanz, dass das Stimmvolk hier wieder einmal angeschwindelt worden ist?

In der Schweiz dürfen Helikopter-Piloten bis 65 fliegen. Nach EU-Richtlinien dürfen sie ab 60 nur noch Material transportieren. Das macht in unserem Alpenland keinen Sinn. Bild Wikipedia

Beim Covid-19-Gesetz wurden sämtliche Anträge unserer Fraktion abgelehnt. So z.B. die Aufhebung der Maskenpflicht im Freien und in den Schulen bei Kindern und Jugendlichen, für Geimpfte und Genesene.

Kleingedrucktes im Luftfahrtgesetz

Beim Luftfahrtgesetz stellte sich der Nationalrat gegen den Bundesrat und gab dem Vorstoss grünes Licht, so dass der Flugsicherungsdienst mit den Piloten in einer Landessprache kommunizieren kann. Im Weiteren sollte das Gesetz der Berufspilotenlizenz der EU angepasst werden. In der Schweiz dürfen Helikopter-Piloten bis 65 fliegen. Nach EU-Richtlinien dürfen sie ab 60 nur noch Material transportieren. Das macht in unserem Alpenland keinen Sinn.

Oft werden bei Materialtransporten auch Arbeiter transportiert. Somit könnten die Piloten nicht mehr für solche Transporte eingesetzt werden. Die Schweiz kennt sehr strenge jährliche Kontrollen, bei denen die Flugtauglichkeit von Ärzten untersucht wird. Somit ist die Sicherheit gewährleistet. Der Rat stimmte entgegen der bundesrätlichen Empfehlung der Schweizer Variante zu.

Der Bundesrat möchte für das finanzielle Gleichgewicht der AHV den Zusatzfinanzierungsbedarf bis 2030 u.a. mit der Angleichung des Rentenalters für Frauen auf 65 decken. Die Dringlichkeit einer Stabilisierung ist unbestritten, was die Linke nicht vom Versuch abhielt, mit fünf Rückweisungsanträgen an den Bundesrat und an die Kommission das Geschäft zu blockieren. Sämtliche wurden abgelehnt. Trotz vorgesehenen Ausgleichszahlungen für die Übergangsjahrgänge wollen sie keine Erhöhung des Rentenalters der Frauen und sehen diese als diskriminiert und benachteiligt an.

Tatsächlich aber haben die Frauen eine um vier Jahre längere Lebenserwartung als die Männer, sie zahlen $^1/_3$ der Beiträge ein, die Männer $^2/_3$. Die Männer beziehen aber nur 45% und die Frauen 55% der Beiträge. Mit dem Vorschlag von Alfred Heer, die Minuszinsen der Nationalbank der AHV zuzuwenden, zeigten sie sich einverstanden, wollten aber generell den Gewinn dafür verwenden, was uns wiederum zu weit geht.

Der Nationalrat hat dem Geschäft der weltweiten «Green Deals», also Massnahmen zur Innovationsförderung zugunsten der Kreislaufwirtschaft und der Schonung von Ressourcen, Umwelt und Klima, zugestimmt. Das Votum von Mike Egger gegen diesen Vorstoss provozierte Fabian Molina zur Frage, ob er wisse, wie viel Geld die EU dafür ausgebe. Mit seiner Antwort wies Mike Egger ihn darauf hin, sie hätten dies mit den vielen Kohlekraftwerken auch nötig, im Gegensatz zur Schweiz mit unserer Wasser- und Kernkraft. Tatsache ist, dass uns wegen der Energiestrategie mittelfristig eine Stromlücke bevorsteht und wir gut daran täten, Lösungen dafür zu suchen und uns nicht nur auf die utopischen Voraussagen des BfE verlassen.

NEIN ZUM CO_2-GESETZ

Jetzt an die Urne!

Das Rennen um das CO_2-Gesetz wird knapp. Wenn wir die links-grünen Ideologen dieses Wochenende an der Urne nicht in die Schranken weisen, kommen schon bald weitere, noch radikalere Forderungen – denn dieses CO_2-Gesetz ist nur der erste Schritt zur Ökodiktatur.

Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Benzin und Diesel: 12 Rappen pro Liter teurer. Heizöl und Gas: 30 Rappen pro Liter teurer. Öl- und Gasheizungen: verboten. Flugtickets: sollen zukünftig mit bis zu 120 Franken pro Person besteuert werden. All dies fordert das neue CO_2-Gesetz, über das wir diesen Sonntag abstimmen. Gemäss einer mit Sicherheit unverdächtigen Studie des Öko-Verbands Swisscleantech würden die CO_2-Mehrkosten selbst für eine Familie, die einen sparsamen Lebenswandel pflegt, 470 Franken pro Jahr betragen. Für viele andere Familien könnte es auch noch deutlich teurer werden, nämlich bis zu 1000 Franken. Und das alles für einen Klimaschutz, der nicht den geringsten Einfluss auf den weltweiten Klimawandel hätte. Dafür würden wir mit dem CO_2-Gesetz aber den ersten Schritt hin zur Ökodiktatur machen, zur totalen Kontrolle der Bevölkerung im Namen eines nutzlosen Klimaschutzes.

Systemwechsel statt Klimaschutz

Entgegen all ihren Grundsätzen unterstützen neben Linken, Grünen und Ökoprofiteuren auch zahlreiche Wirtschaftsverbände sowie die FDP und die CVP/Mitte dieses missratene Gesetz. Sie sind damit der Klimajugend auf den Leim gegangen, deren Schlachtruf bekanntlich lautet: «system change – not climate change». Wie dieser Systemwechsel aussehen würde, steht bereits fest: Weg von der Eigenverantwortung der Bürger, hin zur staatlichen Bevormundung.

Weg von der marktwirtschaftlichen Ordnung, hin zu einem von oben diktierten Energiesystem, welches dem Bürger vorschreibt, womit er zu heizen hat und ihn bestraft, wenn er sich nicht «klimafreundlich» verhält. Weg vom sparsamen Umgang mit dem hart verdienten Franken, hin zur besinnungslosen Geldumverteilung durch irgendwelche Bundesbeamten.

Doch das CO_2-Gesetz wäre erst der Anfang. Nach dem Ölheizungsverbot und der massiven Verteuerung von Heizöl, Diesel und Benzin – nachdem der Staat den Mittelstand also einmal mehr geschröpft hat – wird man wohl schon bald damit rechnen müssen, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden, wenn man eine Bratwurst auf den Grill legt. Vielleicht kommt auch jemand auf die Idee, die Anzahl Haustiere pro Familie zu begrenzen, schliesslich brauchen auch Hund, Katze und Kaninchen Futter und belasten damit angeblich das Klima. Darum steht fest: Wenn wir am Wochenende nicht NEIN zum CO_2-Gesetz sagen, sehen wir uns schon sehr bald mit viel drastischeren Forderungen konfrontiert. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2025 oder die gesetzliche Ächtung von Kurzstreckenflügen haben die Grünen bekanntlich bereits angekündigt.

Das Gesetz nützt nur den Ökoprofiteuren

Das missratene CO_2-Gesetz ist nicht der gut schweizerische Kompromiss, wie es immer wieder behauptet wird. Es ist ein durch und durch linkes Umverteilungsgesetz, mit dem einmal mehr der Mittelstand und jene Menschen im Land, die auf ein Auto angewiesen sind und auch nicht einfach von heute auf morgen ihre Ölheizung ersetzen können, belastet werden. Zu ihnen zählen bspw. Hauseigentümer im Rentenalter, die von der Bank kein Geld mehr für eine energetische Sanierung ihres Eigenheims erhalten; oder die Mieterschaft, die keinerlei Einfluss auf die Wahl des Heizsystems hat, die CO_2-Abgabe aber trotzdem berappen muss; oder Gewerbler, die ihre Produkte und Dienstleistungen nicht mit dem Tram zur Kundschaft bringen können. Und letztlich werden wir alle die Auswirkungen dieses Gesetzes spüren, denn auch das Gipfeli beim Bäcker und die Tulpen im Blumenladen dürften über kurz oder lang teurer werden. Gewinnen würden letztlich nur einige Ökoprofiteure, die sich die Taschen am neu geplanten «Klimafonds» füllen könnten – auf Kosten der restlichen Gesellschaft.

Jede Stimme zählt!

Ich bin überzeugt, dass die schweigende Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer die grassierende Klimahysterie ablehnt. Wir haben es in der Hand, dieses katastrophale Gesetz zu bodigen und damit den Mittelstand und das Gewerbe in unserem Land vor grossem Schaden zu bewahren.

Doch für ein NEIN zum CO_2-Gesetz braucht es am Sonntag jede Stimme. Es wird knapp. Verpassen Sie auf keinen Fall diesen Urnengang – wir können es schaffen!

Bis zuletzt im Einsatz gegen das missratene CO_2-Gesetz: Mitglieder der SVP Stadt Zürich und der JSVP Kanton Zürich mit den Nationalräten Gregor Rutz, Andreas Glarner und Mauro Tuena. Bild zVg

AUS DEM KANTONSRAT

Von Richtplanung, Teilrichtplan eines Gesundheitsgebietes und weiteren Baugeschäften

Manche Geschäfte brauchen wegen ihrer Komplexität und der entsprechenden Anzahl von Anträgen etwas länger. Die Richtplanung ist da ein besonderes Tummelfeld. Erschwerend ist, dass der Kantonsrat abschliessende und behördenverbindliche Festlegungen und Beschlüsse macht, die nicht dem Referendum oder anderen politischen Instrumenten unterstehen.

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Am Anfang der Sitzung sorgte Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) mit einem Antrag auf Rückkommen für etwas Bewegung und Emotionen im Rat. Verkehrsfragen und Parkierungsmöglichkeiten wurden in der Vorlage Teilrevision 2017 des kantonalen Richtplans, Kapitel 6 «Öffentliche Bauten und Anlagen», behandelt. Dieser Teil der Vorlage wurde bereits in der Mai-Sitzung, der ersten Sitzung zur Vorlage 5518a, besprochen und die Beschlüsse sorgten für einigen Unmut in den Reihen von FDP und SVP. Die Festlegung eines grossen Entwicklungsgebietes (Gesundheits-Cluster) ohne entsprechende Parkierungsmöglichkeiten und mit Fahrtenbeschränkungen? Ernsthaft? Ja, sagte die rot-grüne Mehrheit des Kantonsrates, da die bauliche Entwicklung nicht besonders begrenzt wird, soll die Zugänglichkeit eingeschränkt werden. Ungewöhnlich auch der Punkt 9, welcher der Stadt Zürich die Kompetenz zur Festlegung des Gestaltungsplans zugesteht, eine Besonderheit, ist sonst doch der Kanton dafür zuständig.

Strassen werden zu Lebensraum und Begegnungszonen deklariert. Bild zVg

Eingriff in die Gemeindeautonomie

Nach Abschluss dieser Richtplandebatte wurden weitere Geschäfte der Baudirektion angegangen. Die Bewilligung eines Objektkredites für den Neubau von zwei Kreiseln in der Gemeinde Hinwil (Vorlage 5629a) und zwei Postulate wurden besprochen und schliesslich überwiesen. Walter Honegger (SVP, Wald) erklärte namens der SVP-Fraktion, dass nicht die Verbesserungen und Aufwertungen mit dem Neubau zweier Kreisel umstritten seien, aber der Minderheitsantrag, der zusätzlich eine Tempo-30-Zone festschreiben möchte, abgelehnt werde. Es ist ein Eingriff in die Gemeindeautonomie, wenn der Kanton diesen politischen Zwang bei einem Objektkredit auferlegt. Die ganze Diskussion endete mit der links-grünen Minderheit, die durch die Mitte, die EVP und die AL überraschend zur Mehrheit wurde.

Das Postulat Gehrig «Rettet die Bienen – zum Zweiten» – entfachte eine Insektizid-Debatte, und obwohl ein kantonales Bienenkonzept besteht und die allermeisten der aufgeführten Mittel im Postulat keine Zulassung oder Verwendung mehr haben, wollte eine Mehrheit doch ein Zeichen setzen. Diese absurde Symbolpolitik fand den Höhepunkt in einem Votum von Konrad Langhart (die Mitte), der allen eingestand, dass er 2015 die erste Version der Vorlage (als SVP-Kantonsrat) noch abgelehnt hatte und obwohl sich die Situation eher entspannt und verbessert hat, jetzt angesichts der Abstimmungen vom 13. Juni 2021 noch einen Zacken zulegen will.

Verbots- und Bevormundungskultur

Das Postulat Alder «Gestaltung der Kantonsstrassen in Dorf- und Stadtzentren» hängte sich nahtlos an die Debatte zum vorgehenden Objektkredit über Sinn bzw. Unsinn von Tempo-30-Zonen auf Hauptverkehrsstrassen an. Kantonsstrassen sind heute mehr als Verkehrswege, werden zu Lebensraum und Begegnungszonen in den Dorf- und Stadtzentren deklariert. Die unheilige Allianz der Klima-Krippen-Tempo-30-Bewegung setzte sich auch hier gegen FDP und SVP durch. Es sind heute klare Anzeichen einer Verbots- und Bevormundungskultur im Kantonsrat ersichtlich und wer dies nicht will, muss bei den Wahlen die einzig verlässliche Partei, die SVP, wählen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Steckt die Ambulanz bald im Stau?

Domenik Ledergerber
Kantonsrat SVP
Herrliberg

Am Montag hat der Kantonsrat den kantonalen Richtplaneintrag für das Stadtzürcher Quartier Lengg beraten. Auf der Lengg befindet sich bereits heute das schweizweit grösste Gesundheitszentrum der Schweiz mit rund 9000 Angestellten und 1500 Betten. Auf dem Gebiet befinden sich die Privatklinikgruppe Hirslanden, die Universitätsklinik Balgrist und die Psychiatrische Universitätsklinik. Hinzu kommen Pflegezentren und ab 2023 soll auch das neue Kinderspital eröffnet werden.

Mit dem Richtplaneintrag «Gesundheits-Cluster-Lengg» werden den Institutionen Vorgaben für die weitere Entwicklung gemacht. Die SP und Grünen versuchten, die Entwicklung der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) einzugrenzen, um den angrenzenden historischen Obstgarten zu schützen. Sie unterlagen aber einer Mehrheit von SVP bis GLP. Somit ist eine Gleichbehandlung aller Institutionen gegeben und sie können ihre Ausbaupläne weiterverfolgen.

Doch wie kommen die tausenden Arbeitnehmer, Patienten und Besucher auf die Lengg? Es gibt eigentlich nur einen Weg: Über die Forchstrasse, ob aus der Stadt oder von der Forch hinunter. Die Forchstrasse, die Forchbahn sowie die Tramlinien aus der Stadt sind jedoch bereits heute überlastet. Realisieren die Institutionen die geplanten Ausbauten, wird gemäss Verkehrskonzept mit einem Mehrverkehr von 30% bis 2025 und von 80% bis 2040 gerechnet. Wie wird das Verkehrsproblem gelöst? Überhaupt nicht. Das ÖV-Angebot kann mit der bestehenden Infrastruktur nur noch leicht ausgebaut werden. Dank einem Antrag der SVP-Baukommissions-Delegation muss die Baudirektion für die Verbesserung des ÖV-Angebots weitere Optionen vertieft prüfen und allenfalls auch visionäre Optionen wie eine unterirdische ÖV-Führung in Betracht ziehen. Für die SVP ist klar, dass auch die Kapazitäten für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgebaut werden müssen, um das Verkehrsproblem in der Lengg zu lösen. Wir stellten den Antrag für eine unterirdische zentrale Parkierungsanlage und dass keine Fahrtenbegrenzung eingeführt wird. Die Klimaallianz von EVP, GLP, Grüne, SP und AL obsiegte jedoch mit ihrem Antrag, den MIV auf 11 600 Fahrten pro Tag zu begrenzen. Somit kann ab 2025 nur noch jede dritte Person mit dem Auto in die Lengg gelangen. Die Folge: Angestellte müssen mitten in der Nacht nach ihrer Schicht mit dem Velo nach Hause. Eltern mit ihrem Kleinkind mit 40°C Fieber mit dem ÖV in den Notfall oder dann eben im Stau stecken bleiben. Oder der Mann, der seiner Frau nach einem Notfall mit dem ÖV ihre Kleider und ihre Lieblingsbücher ins Spital bringt. Gemäss Andreas Hasler GLP, müsse die Mutter mit ihrem Kind eben zum Hausarzt, dann bleibe sie vor dem Notfall nicht im Stau stecken. Ich kann ab solchen Aussagen und der nur noch ideologisch handelnden Klimaallianz im Zürcher Kantonsrat nur noch den Kopf schütteln. Um die Verkehrsprobleme in der Lengg zu lösen, braucht es einen starken Infrastrukturausbau für den ÖV und den MIV. Der Verkehrskollaps in der Lengg ist dank der links-grünen-Ideologie, immer mehr Leute, aber ja keine Infrastrukturbauten für den Verkehr, vorprogrammiert.

VERWALTUNGSGERICHT HAT ENTSCHIEDEN

Maskenpflicht an Zürcher Schulen wurde aufgehoben

Viele Eltern und Kinder konnten diesen Montag aufatmen. Das Verwaltungsgericht kam in einem Urteil zum Schluss, dass die Bildungsdirektorin nicht die Befugnis hatte, die Maskenpflicht an den Primarschulen einzuführen.

Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Ein entsprechender Rekurs wurde gutheissen. Nebst unserer Petition mit über 6000 Unterschriften waren wir an vielen Stellen aktiv. Beteiligt an diesem Protest waren verschiedene SVP-Politikerinnen. So liefen auch diverse Beschwerden und Rekurse an die Bildungsdirektion. Der Druck der SVP hat somit gewirkt.

Das Gericht hat uns nun Recht gegeben. Rekurse haben grundsätzlich aufschiebende Wirkung, und es bestehen erhebliche Zweifel, ob die Bildungsdirektorin wirklich für den Erlass der Maskenpflicht zuständig war. Diese Massnahme hätte vom Gesamtregierungsrat beschlossen werden müssen. Dieser stand dieser Massnahme aber ablehnend gegenüber. Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr hätte die Kompetenz, die Massnahme erneut zu verlängern, somit auch nicht an Regierungsrätin Silvia Steiner delegieren dürfen.

Wir sind sehr erfreut darüber, dass der monatelange Druck auf allen Ebenen nun gewirkt hat.

Am Montag gab es Lockerungen in allen Bereichen, und auch alle Risikopersonen sind inzwischen bereits doppelt geimpft. Die Innenräume der Restaurants sind ebenfalls wieder geöffnet, und Kinder treffen sich in der Freizeit sowieso ohne Masken.

Viele Kantone haben diese Massnahme bereits aufgehoben und die Kinder müssen keine Masken mehr tragen. Die Maskenpflicht an den Primarschulen machte seit Montag definitiv keinen Sinn mehr. Wir hoffen, dass diese Pflicht auch in den oberen Klassen bald aufgehoben wird. Ein freiwilliges Tragen der Maske verbieten wir natürlich nicht.

Viele Kinder klagten über Kopfschmerzen und Müdigkeit, wenn sie die Maske den ganzen Tag über tragen mussten. Es gibt auch verschiedene Studien, die dies belegen. Einige hatten auch Mühe mit der Handhabung. Regelmässiges Lüften und Händewaschen ist sowieso das Wichtigste. Und die Fallzahlen sinken zum Glück stark, auch in Kantonen ohne Maske an Schulen.

> *«Regelmässiges Lüften und Händewaschen ist das Wichtigste».*

Regierungsrätin Silvia Steiner war letzten Freitag somit gezwungen, umgehend zu kommunizieren und die Aufhebung der Maskenpflicht an den Primarschulen per sofort umzusetzen, was sie auch tat.

Wir bekamen viele positive Zuschriften, was uns sehr freute.

Mit dem Impffortschritt und den sinkenden Fallzahlen sollte die Maskenpflicht bald generell fallen und in eine Maskenempfehlung umgewandelt werden.

Die Maskenpflicht an den Zürcher Primarschulen ist per sofort aufgehoben. Bild pixabay

WORTE DES PRÄSIDENTEN SVP STADT ZÜRICH

Gemeindewahlen 2022

Nächstes Jahr stehen im Kanton Zürich Gemeindewahlen an. Den Start machen am 13. Februar 2022 die grössten und wohl auch linksten Städte unseres Kantons: Zürich und Winterthur. Wenige Wochen später folgen die weiteren Städte und Gemeinden im Kanton. Es ist wichtig, die Städte und Gemeinden des Kantons Zürich nicht den Linken zu überlassen. In unseren Gemeinden und Städten stehen motivierte Kandidatinnen und Kandidaten für Stadt- und Gemeinderat am Start. Sie sind bereit, für mehr Sicherheit, mehr Freiheit, weniger Bürokratie, tiefere Steuern und gesunde Staatsfinanzen einzustehen. Diese Frauen und Mannen verdienen unsere volle und tatkräftige Unterstützung. Wenn wir alle gemeinsam am gleichen Strick ziehen und unsere Kandidierenden kraftvoll unterstützen, haben wir eine Chance, linke Mehrheiten zu brechen. Und das ist dringend nötig. Die neuen Mehrheiten im Kantonsrat zeigen auf, wohin das führt: Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, Drangsalierungen des motorisieren Individualverkehrs, Griff ins persönliche Portemonnaie.

Der Abstimmungskampf gegen das bürokratische und teure CO_2-Gesetz hat gezeigt, dass sich kämpfen lohnt. Unzählige Mitglieder unserer Partei waren auf der Strasse und in der Öffentlichkeit präsent. Viele Standaktionen, einige Podien, und diverse Flyer-Verteilaktionen wurden durchgeführt. Die SVP als Partei hat durch diesen aktiven Abstimmungskampf gewonnen. Es ist uns gelungen, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass mit Geldumverteilung und Erhöhung von Gebühren keine Probleme gelöst werden. Unsere Glaubwürdigkeit durch die gradlinige Argumentation wurde gut aufgenommen. Diesen positiven Drive gilt es, in die bevorstehenden Wahlkämpfe der Gemeindewahlen 2022 mitzunehmen.

Wahlkampf heisst diskutieren, angreifen und überzeugen. Wahlkampf heisst, in der Bevölkerung präsent zu sein, plakatieren und Flyer verteilen. Unsere Partei, die SVP, hat gezeigt, dass sie das kann. Der Teppich für das erfolgreiche Abschneiden unserer Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf ist gelegt. Jetzt liegt es an uns allen, unsere gemeinsame Botschaft auf die Strasse zu tragen. Packen wir's zusammen an.

von Mauro Tuena

TRICKSEREIEN DER IPCC SCHONUNGSLOS AUFGEDECKT

Klima und CO_2

Um in 20 oder 30 Jahren keine Enttäuschung zu erleben, würde es sich lohnen, das neue Buch von Steven E. Koonin «Unsettled» zu lesen. Er ist ein Physiker, weltweit anerkannter Wissenschafter und war unter Obama zuständig für die Klimawissenschaft.

Stephan Amacker
Ehem. Präsident
Spezialkommission Energie,
Umwelt, Raumplanung
Neftenbach

Auf ihn hörte in Klimafragen die demokratische US-Regierung unter Obama: Steven E. Koonin. Bild Wikipedia

Er hat direkten Zugang zu allen Quellen der Klimaforschung und bestätigt die Klimabeeinflussung durch Treibhausgase, primär CO_2 und Methan, die durch Menschen und Tiere entstehen. Dann wird aber schonungslos mit Fehlinformationen durch Wissenschaft und Medien abgerechnet. Schwergewichtig mit der IPCC (International Plant Protection Concention), die den Input zum Pariser Abkommen geliefert hat.

Differenziertes Bild

Alle Ausführungen werden mit Grafiken und Tabellen unterlegt und durch Quellenangaben gestützt. Die wichtigsten Aussagen sind:

- Es ist heute noch nicht möglich, mit Computer-Modellen das globale Klima darzustellen – es hat zu viele Einflussfaktoren und die Leistungsfähigkeit selbst der modernsten Supercomputer ist um Faktoren zu gering.
- Die IPCC-Modelle wurden durch Trickserei (tuning) zu den gewünschten Resultaten verzerrt, können die Vergangenheit nicht darstellen und die Zukunft nicht voraussagen.
- Weder Dürren noch Waldbrände, Tornados und Fluten haben einen Zusammenhang mit der Klimaveränderung, sondern werden zugunsten von Schlagzeilen in den Medien überhöht dargestellt. Tatsächlich haben sich Heftigkeit und Vorkommen diese Naturphänomene seit 50 Jahren reduziert.
- Die Meeresspiegel steigen seit Jahrhunderten um 1–3 mm pro Jahr und folgen einem Zyklus, der nicht durch den Menschen beeinflusst wurde und oft mit tektonischen Verschiebungen in Zusammenhang steht.
- Der Einfluss des Menschen auf alle beobachteten Phänomene ist zwar vorhanden, jedoch gering und in jedem einzelnen Fall abzuklären.
- Vulkanausbrüche haben starken reduzierenden, jedoch auf einige Jahre beschränkten Einfluss auf die globale Temperatur.
- Die Sonne mit ihren Aktivitäten hat erheblichen Einfluss auf die Erdtemperatur, was von IPCC heruntergespielt wird. Der Hintergrund zu diesen Aussagen ist, dass viele Einflüsse noch nicht genauer erforscht sind, insbesondere auch deren Wechselwirkungen untereinander. Dazu kommt die Tatsache, dass der Anteil menschengemachtes CO_2 mit 4% von 410 ppm (0,00164 %) in der Luft äusserst gering ist, sodass selbst kleinste Effekte berücksichtigt werden müssen, welche die Modelle gar nicht erfassen können. Nicht umsonst hat der Klima-Guru der ETH, Prof. Reto Knutti, dieses Jahr ein millionenschweres Projekt namens EXCLAIM gestartet, um Wetter und Klima innert den nächsten 6 Jahren lokal modellieren zu können. Offenbar fehlen der Forschung noch wichtige Zusammenhänge, um glaubwürdige Antwort auf die Erderwärmung zu geben.

Hausaufgaben lösen

Die Schweiz sollte sich lieber Gedanken machen, wie man die fossilen Brenn- und Treibstoffe intelligent und wirtschaftlich verträglich ersetzt und das Verbot zum Bau von neuen und modernen Kernkraftwerken aufhebt, um den steigenden Strombedarf zu decken. Dies würde auch die Problematik des Stromabkommens mit der EU lösen, denn es ist heute schon klar, dass Deutschland und Frankreich in absehbarer Zeit keinen Strom im Winter in die Schweiz liefern können. Damit könnten wir die erfolgreiche Produktion von CO_2-freien Strom fortsetzen und etwas Konkretes für die Umwelt tun.

Es fällt auf, dass je geringer das Wissen der am Klima interessierten Kreise ist, desto kürzere Termine werden für Massnahmen zur CO_2-Reduktion vorgeschlagen. Insbesondere möchte die fremdgesteuerte «Klimajugend» und «Friday for Future»-Schulstreiker die Ziele möglichst bis morgen realisieren. Der Wissensstand in diesen Gruppen ist praktisch null, dennoch nehmen sich Politiker deren Forderungen als Berechtigung für parlamentarische Vorstösse. Diese Jugendlichen vorzuschieben, ist für die profitierenden Parlamentsmitglieder und für eine seriöse Politik eine echte Konkurserklärung.

In welcher Zeit man Treibhausgase reduzieren kann, wird noch viel Forschung, ökonomische Überlegungen und weltweite Koordination erfordern. Eine professionelle Projektplanung fehlt, sondern es wird ausschliesslich auf einmal festgelegten Zielen beharrt, ohne dass die Verantwortlichen jemals zur Rechenschaft gezogen werden können. Ein Vorpreschen der Schweiz mit dem undurchdachten CO_2-Gesetz ist jedenfalls nicht der Weg, der uns weiterbringt.

DIE ANDERE SEITE VON …

Forster Valery

Politische Tätigkeit: Zuständig für alle politischen Aktionen
Ortspartei: Küsnacht
Geboren am: 11. September 1971

Valery Forster setzt sich stets sehr engagiert für die Anliegen der SVP ein.

Sternzeichen: Jungfrau
Beruf: Mutter/Hausfrau/Sekundarschullehrerin
Hobby(s): Wandern, Skifahren, Snowboarden, Gärtnern und Yoga
Grösse: 168 cm
Augenfarbe: Braun
Lieblingsgetränk: Earl Gray Tee
Lieblingsessen: Dinkelspätzli mit Rahmsauce, Zimtparfait
Lieblingslektüre: Vaclav Klaus (Völkerwanderung, Europa braucht Freiheit); nordische Krimis von Jo Nesbo Nelson Mandela (long walk to freedom)
Was niemand von mir weiss: Ich probiere sehr gerne neue Rezepte aus, oft auch Rezepte aus der indischen Küche
Damit kann man mir eine Freude machen: Mit guten ehrlichen Gespräche, einem ansteckenden Lachen, einem Erlebnistag in der Natur

Mein Wunsch für die Zukunft: Ich wünsche mir, dass meine Tochter immer noch die Möglichkeit haben wird, ihr Leben frei zu gestalten und nicht in einer Zweiklassengesellschaft (geimpfte mit Privilegien/nicht geimpfte mit Restriktionen) aufwachsen muss. Ich hoffe, dass die Sicherheit in der Schweiz auch noch in Zukunft gewährleistet sein wird und dass sich der Staatsapparat nicht noch weiter aufblähen wird. Zudem wünsche ich mir, dass das Problem der unkontrollierten Zuwanderung endlich griffig gelöst werden wird, sodann hoffe ich, dass dem freien Unternehmertum keine weiteren Hürden auferlegt werden. Mein innigster Wunsch ist, dass die Schweiz frei und unabhängig bleibt und sich der EU NIEMALS in irgendeiner Form anschliessen wird. Dafür werde ich stets alles in meiner Macht stehende tun, denn unsere Souveränität, unsere direkte Demokratie und die damit verbundene Freiheit ist unser aller höchstes Gut.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 18. Januar 2018 «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»	NEIN
2. Volksinitiative vom 25. Mai 2018 «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»	NEIN
3. Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	NEIN
4. Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz)	NEIN
5. Bundesgesetz vom 25. September 2020 über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)	JA

Kantonale Vorlagen

1. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele (EG BGS)	JA
2. Kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»	NEIN
3. Kantonale Volksinitiative «Mehr Geld für Familien»	NEIN

Vorlagen Stadt Zürich

1. Totalrevision der Gemeindeordnung	NEIN
2. Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Ausbau von erneuerbaren Energien	NEIN
3. Ausbau Stadttunnel als Veloverbindung	NEIN

Allerlei

Durchgreifen in Dänemark

Auch Linke für Asyl-Stopp

In Dänemark wird das Einwanderergesetz parteiübergreifend verschärft. Flüchtlinge werden so gar nicht mehr ins Land gelassen.

Dänemark hat ein Gesetz verabschiedet, das die Errichtung von Asyl-Aufnahmezentren im Ausland ermöglicht. Der Vorschlag kommt von der sozialdemokratischen Partei. Er geniesst sehr breite Unterstützung in Dänemark. Neu sollten Flüchtlinge, die ins Land einreisen wollen, zuerst in Drittstaaten aufgenommen werden, wo ihre Anträge auf Asyl verarbeitet werden.

In Kopenhagen zieht die linke Regierung die Schraube im Asylwesen an. Bild Pixabay

Im Januar hatte Premierministerin Mette Frederiksen im Parlament gar verkündet, dass es das Ziel sein müsse, dass Dänemark künftig gar keine Asylbewerber mehr aufnehmen würde. Die Argumentation ist glasklar: Nicht jeder Wirtschaftsflüchtling aus der Dritten Welt darf ungehindert ins Land kommen, wenn er nur das Wort «Asyl» ausspricht – und dann für immer bleiben. Das hält keine Gesellschaft und auch kein Sozialsystem auf Dauer aus.

Im Jahr 2020 stellten 1547 Flüchtlinge in Dänemark einen Asylantrag. Die Schweiz, die rund drei Millionen Einwohner mehr hat als Dänemark, verzeichnete im selben Zeitraum rund 11 041 Anträge.

Die Idee hinter dem sozialdemokratischen Gesetzesentwurf in Dänemark: Syrer sollen nach Hause, weil es dort jetzt wieder sicher ist. Bemerkenswert, dass Sozialdemokraten einen so klaren Kurs fahren. Davon könnte sich die SP hierzulande und namentlich in Zürich durchaus etwas abschneiden.

Das EU-Land will offensichtlich deutlich machen, dass Asylsuchende es an seinen Grenzen besser gar nicht erst versuchen sollen. Man will lediglich anerkannte Uno-Flüchtlinge entsprechend vereinbarter Quoten aufnehmen.

QUANTITÄT VOR QUALITÄT

Unvorteilhafte Entwicklungen im tertiären Bildungsbereich

Die Studentenzahlen an unseren Fachhochschulen nehmen rasant zu. Dieses Wachstum ist für unsere Wirtschaft nicht unbedingt von Vorteil und führt zu einer «Verakademisierung unserer Berufswelt». Statt konsequent Spitzenleute für unsere Wirtschaft auszubilden, werden heute vermehrt junge Leute für den Dienst im Staatsapparat vorbereitet.

Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Unser Bildungssystem bietet jungen Erwachsenen prinzipiell drei Bildungswege im tertiären Bildungssektor an: Eine akademische Ausbildung kann man an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) oder einer Universität absolvieren. Berufsleute, aber auch viele Maturanden, besuchen eine unserer Fachhochschulen (FH). Allen Berufsleuten stehen die Höheren Fachschulen (HF) zur Verfügung.

Die Fachhochschulen bieten mittlerweile Lehrgänge nach dem Bologna-Modell mit Bachelor- und Masterabschlüssen an. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in den letzten Jahren massiv gewachsen ist. Im Jahre 2008 zählte sie noch 6862 Studierende, im Jahr 2020 waren es bereits 15 256 Studierende.

«Neben der allgemeinen Verakademisierung werden neue, für die Gesellschaft nutzlose Fachrichtungen erfunden.»

Die Fachhochschulen wurden ursprünglich für angehende Techniker und Ingenieure gegründet, mit einer konsequenten Ausrichtung auf die Ausbildung von Fachkräften für unsere Wirtschaft. Aus den Fachhochschulen sind heute Pseudo-Universitäten geworden.

Verakademisierung der Berufswelt

Das Bologna-Modell hat zum Ziel, die Hochschulausbildung unter den verschiedenen Hochschulen zu harmonisieren. Basierend auf dieser Harmonisierung kann man heute auch einen Bachelor oder Master an einer Fachhochschule oder einer Pädagogischen Hochschule erlangen. Dies führt dazu, dass unsere Kinder nicht mehr von Lehrern unterrichtet werden, sondern von einem Bachelor oder Master. Weshalb aber ein Lehrer unserer Kinder wissenschaftlichen Anforderungen genügen muss, um seinen Beruf gut auszuüben, ist nicht klar.

Während man früher mit einer Lehre und einer gezielten Weiterbildung eine gute Stelle mit Aufstiegschancen bekommen hat, führt die oben beschriebene Entwicklung dazu, dass solche Positionen nur noch mit einem Bachelor oder gar einem Master ausgeübt werden können.

Ausbildung für den Staatsdienst

Neben der allgemeinen Verakademisierung werden neue, für die Gesellschaft nutzlose Fachrichtungen erfunden. Vor allem Studiengänge wie «Urbanismus und Mobilität», gewisse Bereiche der Sozialen Arbeit und Psychologie oder der «Umweltwissenschaften» sind Brutstätten linker Ideologien. Die Anzahl der Studierenden in den Bereichen Soziale Arbeit und Psychologie nahm von 819 Studierenden im Jahr 2008 auf 1594 Studierende im Jahr 2020 zu, also praktisch eine Verdoppelung. Diese Leute können in der Regel nur beim Staat eingesetzt werden und werden in der Wirtschaft nicht gebraucht – sie tragen somit wenig zur Wertschöpfung in der Wirtschaft bei. Die Ausbildung dieser Leute haben die Privaten und die Firmen mit den Steuern bezahlt.

Verwässerung der Titel

Die Verwässerung der Titel auf Kosten der Wissenschaftlichkeit kann man gut aufzeigen, wenn man die Bachelor- und Masterarbeiten der Universitäten und der Fachhochschulen vergleicht, wobei letztere oft nicht einmal in der Form den Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit genügen.

Besonders stossend ist, dass man an einer Fachhochschule Professor werden kann ohne Doktorat und Habilitation. Das führt dazu, dass solche Pseudo-Professoren den Bachelor- oder Masterstudenten kaum wissenschaftliches Arbeiten beibringen können.

«Aus den Fachhochschulen sind heute Pseudo-Universitäten geworden.»

Ein schönes Beispiel dafür, wohin diese Entwicklung führen kann, liefert eine linke Stadt-Zürcher Gemeinderätin, die öffentlich ihre marxistisch-ökonomischen Theorien verkündet und behauptet, dass in der Schweiz die Armen die Reichen bezahlen. Sie unterrichtet als «Professorin» an einer Fachhochschule und hat ausser einem Bachelor FH und einigen Zusatzkursen keine weitere wissenschaftliche Ausbildung.

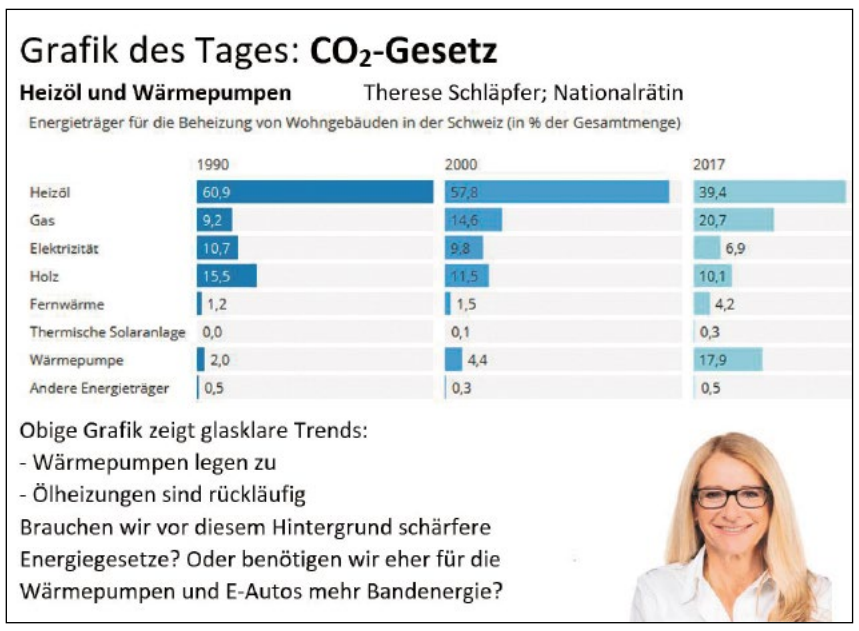
Höhere Fachschulen als Rückgrat einer praxisorientierten Ausbildung

Im Gegensatz dazu sind die HF viel praxisnaher aufgestellt. Viele private Veranstalter bieten in der Wirtschaft gut abgestützte Diplomlehrgänge an. Die Absolventen solcher Diplomlehrgänge setzen die Messlatte punkto Qualität und Professionalität hoch und liefern gute Resultate in der Wirtschaft. Dennoch werden solche Leute bei Beförderungen teilweise übergangen, weil sie keinen Bachelor oder Master haben, obwohl deren berufliche Qualifikation oft gleich gut wäre wie diejenige eines Bachelors. Es wäre daher sinnvoll, die Attraktivität und Arbeitsmarktfähigkeit der Bologna-Titel in der Wirtschaft einer periodischen Überprüfung zu unterziehen.

Dies, um zu verhindern, dass Berufsleute ausgebildet werden, welche die Industrie oder das Gesundheitswesen nicht braucht.

Vergleiche von Bachelor- und Masterarbeiten verdeutlichen es: Zwischen einer richtigen Universität und einer Fachhochschule liegen Welten. Bild Wikipedia

Endlich! Die heissen Öfen des MC SVP nahmen bei der ersten Ausfahrt seit der Pandemie wieder die Strasse unter die Räder. Die Tour führte vom Albispass zum Ratenpass. Bild Emil Grabherr



UNSER ÖKO-TRUMPF

Eberhard lanciert den zirkulit® Beton

Projektverantwortlicher
Patrick Eberhard
Bereichsleiter Baustoffe,
Eberhard Unternehmungen, Kloten

Aktuelles Projekt
zirkulit® Beton ist die neuste Generation von nachhaltigem Beton mit einzigartiger Rezeptur. Der neue Beton zeichnet sich durch einen hohen Sekundärrohstoffanteil aus und garantiert so maximale Zirkularität. Zudem verkleinert die neue Speichertechnologie den CO_2-Fussabdruck des zirkulit® Betons.

Ausführung
Die offizielle Lancierung des zirkulit® Betons erfolgte im Oktober 2020. Gemeinsam mit verantwortungsbewussten Bauherrinnen und Bauherren, wie die Swiss Prime Site Immobilien als erste Bestellerin und Sarah Heinle als erste Anwenderin, gelingt es gemeinsam, die Bauwirtschaft nachhaltig zu verändern.

Weshalb tun wir das?
Das Potenzial von zirkulit® Beton ist gross. Theoretisch könnte die Bauwirtschaft jährlich 7,5 Millionen Tonnen Abfall beseitigen und gleichzeitig über 42 Millionen Kilogramm CO_2 im Beton speichern. Die Technologie ist marktreif und mit der Partnerschaft der beiden Unternehmungen Eberhard und Kästli Bau in Bern-Rubigen ist der Grundstein für den schweizweiten Vertrieb von zirkulit® Beton gelegt.

Am 3. Mai 2021 erfolgte die Lieferung der ersten von insgesamt 1850 Kubikmeter zirkulit® Beton für den Bau von drei Mehrfamilienhäusern in Stadel.

Unser nächster Öko-Pfeil im Köcher
Für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft braucht es nachhaltige Produkte. Mit zirkulit® gelingt dies. Weitere Entwicklungen von zirkulären Baustoffen sind bereits geplant. Dafür werden auch die in der Aufbereitungsanlage für Bauabfälle EbiMIK in Oberglatt aufbereiteten Sekundärbaustoffe genutzt.

Wir tun, worüber andere nur schwatzen. Es sind die Unternehmer, Hauseigentümer und Landwirte, welche längst ökologisch sinnvolle Projekte umsetzen. Im Gegensatz zur links-grünen Politik setzen wir dabei auf Freiwilligkeit. Weil sich gute technische Lösungen auch wirtschaftlich lohnen, sind der von der Klimaallianz geforderte Zwang und Subventionen unnötig. Mit dieser Rubrik zeigen wir anhand von Beispielen, wie unsere Mitglieder völlig selbstverständlich und freiwillig zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen.

Haben auch Sie ein gutes Beispiel?
sekretariat@svp-zuerich.ch
Telefon 044 217 77 66

Fadegrad

von
Maria Wegelin

Bitte zu Ende lesen

«Die individuelle Zielvorgabe leitet sich aus den Zielwerten nach den Artikeln 11 und 12 ab. Sie wird für die Gesamtheit der von einem Importeur eingeführten beziehungsweise von einem Hersteller in der Schweiz hergestellten Fahrzeuge, die im betreffenden Jahr erstmals in Verkehr gesetzt werden (Neuwagenflotte), festgelegt. Die Personenwagen, die Lieferwagen und leichten Sattelschlepper sowie die schweren Fahrzeuge bilden drei separate Neuwagenflotten.»

Haben Sie verstanden, was Sie soeben gelesen haben? Oder erging es Ihnen wie mir? Die treffendere Frage ist wohl, ob Sie mir jetzt in Ihren eigenen Worten darlegen könnten, was dieser Abschnitt denn nun genau heisst und wie er in die Tat umgesetzt werden soll. Bei diesem Abschnitt handelt es sich um den Art. 15 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz). Das ganze Gesetz umfasst 53 Artikel mit diversen Absätzen auf 38 Seiten. Ich habe mir die Mühe gemacht, da ich an einem Podium teilnehmen durfte, das gesamte Gesetz zu studieren und zumindest zu versuchen, es auch zu verstehen. Zugegebenermassen habe ich von diesem Juristendeutsch zwar die Worte verstanden, doch ob ich den Inhalt und die Konsequenzen wirklich begriffen habe, wage ich zu bezweifeln.

Mindestens 17 Artikel geben vor, was wie umgesetzt und gehandhabt werden muss. Und das waren Artikel, bei denen es offensichtlich ist, dass da viel Bürokratie dahintersteckt. Auch den oben zitierten Artikel 15 könnte ich dazu zählen, denn er enthält «werden festgelegt». Es muss also etwas gemacht werden. Ich habe Artikel herausgesucht, die Tätigkeitswörter enthalten, wie «muss sich verpflichten», «wird verwaltet», «führt ein Treibhausgasinventar» oder «… und es ist ihnen während der üblichen Arbeitszeit der Zutritt zum Betrieb zu ermöglichen.»

Liebe Leserin, lieber Leser, falls Sie meine Kolumne mit einem für mich etwas ungewohnten Inhalt bis hierher gelesen haben, dann gratuliere ich Ihnen. Entweder, Sie sind sehr diszipliniert oder lesen einfach meine Kolumnen gerne, was mich natürlich freut.

Dieses Gesetz ist nicht nur teuer, nutzlos und ungerecht, wie es im Argumentarium der SVP zu lesen ist, es ist unseren KMU und unserem Gewerbe einfach nicht zumutbar. Sensibilisierung heisst das Zauberwort und Eigenverantwortung der Weg, um Probleme zu lösen und Ziele zu erreichen, aber nicht mit noch mehr Gesetzen, sondern mit der eigenen Überzeugung. Konfuzius sagte einst: «Der Edle verlangt alles von sich selbst, der Egoist stellt nur Forderungen an andere.»

Wenn Sie wegen Ihrer Disziplin meine Kolumne zu Ende gelesen haben, dann gehören Sie wahrscheinlich auch zu den Menschen, die diszipliniert und aus Eigenantrieb Probleme angehen. Ganz ohne Gesetze! Das geht! Und wenn Sie meine Kolumne meinetwegen zu Ende gelesen haben, konnte ich Sie vielleicht von einem NEIN überzeugen, wenn Sie nicht sowieso schon davon überzeugt waren!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Vom Abwürgen einer parlamentarischen Debatte

Die linke Mehrheit im Zürcher Gemeinderat hat in der neuen Geschäftsordnung als Beschleuniger die reduzierte Debatte durchgesetzt, bei der nur noch ein Mitglied jeder Fraktion zu einem Vorstoss das Wort ergreifen darf.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Es war zwar erst ein Versuch, eine reglementierte, also eine reduzierte, Debatte mit nur je einem Votum aus jeder Fraktion durchzuführen; Ziel wäre ein rascherer Abbau der hängigen Vorstösse. Der Preis dafür ist jedoch, dass keine Repliken möglich sind; das erdrosselt jede spontane Wortmeldung und wie an einem Seminar ohne Diskussion werden die Referate heruntergeleiert: Langeweile macht sich breit. Was im Kantonsrat zweckmässig ist, muss es im Gemeinderat nicht sein.

Die Aufmerksamkeit geht gegen Null, die Präsenz im Saal ist entsprechend und unter Pulten werden von Handys irgendwelche Filme abgespielt. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass für diesen Versuch just ein Ratsabend ausgewählt wurde, an welchem besonders viele Vorstösse aus der SVP zur Beratung anstanden.

Vor der Langeweile – die Klimavergiftung

Noch eine gewisse Lebendigkeit hatte deshalb das Vorspiel mit den Erklärungen, welches durch eine skandalöse Fraktionserklärung der Grünen eingeleitet wurde: Diese schossen polemisch und doktrinär gegen Stadtrat Filippo Leutenegger, der sich als einziges Mitglied des Stadtrates mit Zivilcourage gegen das CO_2-Gesetz eingesetzt hatte.

Susanne Brunner wandte sich in einer der persönlichen Erklärungen dem entgegen und verwies darauf, dass zuerst Stadtpräsidentin Corine Mauch ihre Spalte im Tagblatt dazu brauchte, um für dieses Gesetz Propaganda zu machen. Samuel Balsiger prangerte die Wahrnehmung der Eigeninteressen jener Organisationen und Politiker in Bern an, die mit diesem Gesetz milliardenschwer in die eigene Taschen arbeiteten: Das sei eine Form der Korruption.

Da die Grünen die Meinungsäusserung von Filippo Leutenegger als «Krieg gegen die Zukunft» anprangerten, konterte der Schreibende, dass die Haltung der grün-roten Ökofundamentalisten ein «Krieg gegen die Lebensqualität» sei: Das CO_2-Gesetz spalte angesichts solcher Gehässigkeiten die Gesellschaft und sei ein Beitrag zur «Klimavergiftung». Und im Kern: «Die Klimajugend und die Klimaaktivisten fordern und streiken – ohne je etwas geleistet zu haben.»

Symptomatisch: Der Vorstoss der SVP für einen besseren Verkehrsfluss auf Hauptachsen fand kein Gehör. Bild Pixabay

Vorstösse – unter den Teppich gekehrt

Damit war der spannende Teil des Abends gelaufen und die Vorstösse der SVP gerieten ohne grosse Debatte unter die Räder des Baggers mit der Abrissbirne: Dazu gehörte ein Vorstoss, der verhindern wollte, dass im bewaffneten Polizeidienst auch Ausländer mit C-Bewilligung zum Einsatz kommen können. Umgekehrt wurde aber ein Vorstoss der Grünliberalen mehr oder weniger still und schweigend durchgejubelt, der genau einen solchen Einsatz von Ausländern fordert.

Ebenso erging es Vorstössen der SVP, die einen besseren Verkehrsfluss auf den Hauptachsen intendierten und einen Verzicht auf weitere Temporeduktionen auf diesen Durchgangsstrassen forderten. Die Ablehnungen mussten nicht im Prüfstand der Debatte erhärtet werden, sondern konnten still versenkt werden. Ähnlich erging es einem Vorstoss von Martin Götzl, der mit einer Videoüberwachung für Ordnung am Seebecken sorgen wollte – chancenlos: es lebe der Saustall. Dafür aber soll die Marxistin Rosa Luxemburg eine eigene Strasse bekommen; wenn es denn nur bei einer nach Osten ausgerichteten Sackgasse bliebe.

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Wegschauen und Schönreden lösen die Probleme nicht

In Winterthur ist ein spannender Wahlkampf angesagt. Mit Thomas Wolf und Maria Wegelin steigen zwei bekannte Gemeinderäte der SVP ins Rennen für den Stadtrat. Der SVP-Fraktionschef und Gastronom zeigt im Gespräch, wo der Hebel anzusetzen ist, damit die Eulachstadt wieder eine bürgerliche Mehrheit erhält.

Was ist Deine Hauptmotivation, um ins Rennen um einen Stadtratssitz einzusteigen?

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Stadt mit etwas mehr Bescheidenheit und gesundem Menschenverstand besser regiert werden kann. Die letzten Monate unter der grün-roten Mehrheit haben die alten Vorurteile bestätigt: Es wird Geld ausgegeben für Unnötiges. Personal wird nicht dort aufgestockt, wo es vielleicht noch sinnvoll wäre (Bsp. Pflege, Spitex), sondern in irgendwelchen Stäben für Kommunikation und dergleichen. Projekte werden grosszügig geplant, ohne dass ein Sparwillen erkennbar ist. (Bsp. Stadtgarten, Beschaffung IT für Schulen, erneute Sanierung Etzbergkreisel usw.). Zudem hat gerade das von der SP-Frau Meier geführte Baudepartement einige «Böcke» geschossen.

Stichworte dazu sind ideologische Autoverhinderungs-Politik, schlechte Kommunikation sowie Fehler beim Beschaffungswesen. Diese Probleme zu lösen und Verwaltung wieder effizienter und bürgernah zu gestalten, ist eine Motivation.

Zudem hat die SVP aufgrund des Wähleranteils sicher mindestens einen Sitz im 7-köpfigen Gremium zugut. Momentan ist neben dem Stadtpräsidenten Mike Künzle (Mitte) nur noch ein FDP-Stadtrat die bürgerliche Vertretung. Das ist sicher zu wenig.

Welche Themen wirst Du während des Wahlkampfes in den Vordergrund rücken?

Sicher die gewerbe- und bürgerfeindliche Verkehrspolitik, welche sich vor allem gegen das Auto richtet. Aktuell wird mit massiven Gebührenerhöhungen und Parkplatzabbau sowie unsinnigen Verkehrsplanungen voll gegen den MIV gearbeitet.

Ein weiteres Thema ist die Sicherheitslage: Winterthur ist bekannt als Hort von muslimischen Extremisten. Auch die extreme Rechte hat für Schlagzeilen gesorgt. Unsere Stadt darf kein Sammelbecken von solchen Auswüchsen werden. Wegschauen und Schönreden lösen die Probleme nicht.

Und natürlich der grösste Brocken: Die katastrophale Finanzlage der Stadt. Durch eine verfehlte Politik gelingt es uns nicht, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern wir vertreiben sogar Unternehmen. Und wir tun aktuell zu wenig, um gute Steuerzahler nach Winterthur zu bringen.

Im direkten Vergleich zu den umliegenden Gemeinden sind wir trotz (noch) guter Lebensqualität mit dem hohen Steuerfuss benachteiligt. Unser gut ausgebautes Sozialwesen wirkt sogar wie ein Magnet für Bezüger, welche aus anderen Gemeinden nach Winterthur ziehen. Die hohe Sozialquote bindet Mittel, welche anderswo besser eingesetzt wären.

Um Stadtrat zu werden, braucht man Stimmen weit über die eigene Parteibasis hinaus? Wie willst Du sie Dir holen?

Korrekt. Ungefähr ein Drittel der benötigten Stimmen kann die SVP-Familie beitragen. Für die weiteren Stimmen sind Maria Wegelin und ich auf die Unterstützung aller bürgerlichen Kräfte angewiesen. Wir sind aktuell im Gespräch, um die Möglichkeiten einer Allianz auszuloten. Als Gewerbler und Präsident des Gewerbeverbands Gastro-Winterthur konnte ich mir in den letzten Jahren eine gewisse Bekanntheit aufbauen.

Auch als Fraktionspräsident der SVP kommt man um eine lokale Medienpräsenz nicht herum. Und nicht zuletzt habe ich in meinem Restaurant sehr viele Möglichkeiten, Leute kennenzulernen und anzusprechen. Zudem planen wir einen Wahlkampf «an der Front» mit vielen persönlichen Begegnungen und nicht bloss teure Inserate in der lokalen Tageszeitung.

«Geheimes Hobby»: Thomas Wolf auf seinem Töffli, Peugeot, fast 50-Jährig, an der Cooking Fellows Rundfahrt.

Ein Exekutivamt ist etwas anderes als die Legislative. Was befähigt Dich mit Blick auf Deinen bisherigen Werdegang zur Regierungsverantwortung?

Ganz einfach: Man muss seine Ziele kennen und die Massnahmen, um sie zu erreichen. Das Erreichte muss man kontrollieren! Wo nötig muss man verhandeln, um ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen. Am Schluss geht es immer um Menschen. Man muss Menschen mögen, verstehen und begreifen. Jeder kann am richtigen Platz eingesetzt seine Ziele erreichen. Man muss für seine Meinung hinstehen und auch Kritik ertragen. Es ist anspruchsvoll, auf verschiedenen Stufen zu kommunizieren. Da war das Gastgewerbe sicher ein gute Lebensschule. Ich habe auch viele Jahre im Verkauf gearbeitet: Bedürfnisse erkennen und abdecken habe ich da gelernt. Und man muss sicher «dürebiisse» können. Als selbstständiger Unternehmer bin ich es gewohnt, mit Blick auf die Zukunft zu entscheiden und die Konsequenzen von Entscheidungen zu spüren. Und man darf nicht faul sein. Der Chef ist vor Ort und schaut zum Rechten. Mehr als 8,3 Stunden am Tag. Das ist hier im Restaurant ja auch so.

Auch wenn es bis dahin ein weiter Weg ist und man als Newcomer nimmt, was übrig bleibt: Welches Ressort interessiert Dich am meisten?

Spannend sind die Departemente, wo es unserer Meinung nach nicht gut läuft, welche schlecht geführt werden: Bau sowie Schule und Sport. Dort sind wohl am ehesten Verbesserungen zu erreichen. Auch das Departement Sicherheit und Umwelt hat unter der GLP-Stadträtin den Fokus von Sicherheit zu Umwelt verschoben. Dies wieder zu korrigieren, wäre eine spannende Aufgabe. Wichtig ist, dass nicht nur ich gewählt werde, sondern auch Maria Wegelin, der Stadtpräsident sowie die Kandidaten der FDP. Dann haben wir wieder eine bürgerliche Mehrheit im Stadtrat, zudem muss auch unsere Fraktion im Gemeinderat stärker werden, dann können wir wieder handeln.

LETZTE ANSTRENGUNGEN FÜR EIN ERFOLGREICHES WAHL- UND ABSTIMMUNGSWOCHENENDE IN PFÄFFIKON

Standaktion in Pfäffikon: Von der Wespe zum Bienchen

Am 5. Juni haben Mitglieder der Sektion Pfäffikon eine letzte Parforceleistung unternommen, um den SVP-Anliegen nochmals Nachdruck zu verleihen. Neben den vielen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen galt es, auch unseren Kandidaten Claudio Merlo für den 2. Wahlgang in die Schulpflege zu pushen.

Viele interessante Diskussionen mit der Bevölkerung konnten geführt werden. Wertvoll war hier die APE (Biene) des Gemeindepräsidenten. Die umgebaute VESPA (Wespe) hat als «Stand» einmal mehr gute Dienste geleistet. Die APE war während Wochen ein wichtiger Blickfang an verschiedenen Standorten in Pfäffikon.

Gemeindepräsident Marco Hirzel mit seiner Biene auf Werbefahrt.

Egal ob Sonnenschein oder Regen – die SVP Uster klärte an mehreren Standaktionen die Bevölkerung über die Abstimmungsvorlagen auf. Wie viele der nationalen und kantonalen Vorlagen ein klares NEIN verdienen, ist dies insbesondere auch bei der kommunalen Abstimmung «Projektierungskredit Zeughausareal» der Fall. Die SVP Uster hat gegen den Kredit das Referendum ergriffen und kämpft damit gegen das elitäre und falsch aufgegleiste Kultur-Projekt der Stadt auf dem Zeughausareal.

LESERBRIEF

Agrarinitiative – mit und nicht gegen die Landwirtschaft

In Bezug auf unsere nächste Abstimmung über die synthetischen Pflanzenschutzmittel möchte ich gerne auch einmal die vielen positiven Aspekte unserer Bauern aufs Papier bringen.

Gegenwärtig wird von vielen heftig gegen unsere Bauern geschossen und gelästert, anstatt zu sehen, wie viele Betriebe es gibt, die ihren Job ausgezeichnet machen. Die meisten Bauern unternehmen heute schon sehr viel, um nur ein Minimum an synthetischen Pflanzenschutzmitteln einzusetzen, aber ganz ohne geht es leider bis heute noch nicht überall.

Ich selber kaufe viel lieber einheimische Produkte, bei denen ich weiss, wo sie herkommen, als Gammelware aus dem Ausland, mit nur geringen Kontrollen. Bei Reinigungsmitteln, Chemikalien, Abfall, Kosmetikartikeln, aber auch den Drogenrückständen in den Gewässern, da sollte vermehrt ein Augenmerk darauf gelegt werden und dies auch angegangen werden. Ich weiss von vielen Bauern, die führen einen phänomenalen Bauernbetrieb, eine Augenweide, wie das bewirtschaftete Ackerland mit Gemüse in Reih und Glied, sauber und sehr schön angelegt ist (z.B. K. + H. Hauser, Wädenswil).

Die meisten Betriebe machen ihre Arbeit sehr gut, schwarze Schafe gibt es überall, vor allem aber im Ausland, weil dort viel weniger kontrolliert wird. Mir selber liegt die Natur und Umwelt sehr am Herzen, aber einfach auf den Bauern herumzuhacken bringt gar niemandem etwas. Ich kaufe und unterstütze generell möglichst unsere eigenen Betriebe, Läden und Bauern im Inland.

Die Schweiz muss auch stets in der Lage sein, um unsere eigene Bevölkerung mit den nötigsten Grundnahrungsmitteln einzudecken und dies ist nur möglich, wenn wir «Mit» den Bauern und nicht «Gegen» die Landwirtschaft arbeiten.

Regula Hiltebrand, Au (ZH)

LESERBRIEF

Gartencenter Meier – für Geld macht man alles

In der Mai-Ausgabe des bekannten «Pflanzenfreund» der Ernst Meier AG, Dürnten (Gartencenter Meier), fallen die Anzeigen auf Seite 4 und 41 für die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» auf. Was soll daran aussergewöhnlich sein? Vielleicht empfiehlt die Ernst Meier AG im «Pflanzenfreund» nun ausschliesslich natürliche Pflanzenschutzmittel. Leider Fehlanzeige. In derselben Ausgabe wird die Behandlung mit den synthetischen Fungiziden Tega und Flint gegen Monilia, Birnengitterrost und die Sprühfleckenkrankheit empfohlen. Bei Birnengitterrost und Sprühfleckenkrankheit zusätzlich mit dem Hinweis, dass eine biologische Bekämpfung nicht möglich ist.

Neben dem «Pflanzenfreund» versendet die Ernst Meier AG auch noch den nicht weniger bekannten Prospekt «Meier's Bestseller» an seine registrierten Kunden. Hier sind keine Inserate für die Pestizidinitiativen zu finden. Jedoch findet man in der Mai-Ausgabe Werbung für synthetische Pestizide wie Volpan, Rasen-Pilzschutz usw. der Firma Maag. Unter «Meiers Bestseller» wird auf Seite 23 das Insektizid «Käfer- und Raupen-Stop» von Gesal empfohlen. Das Mittel enthält den natürlichen Wirkstoff Spinosad. Ein sehr wirkungsvoller und giftiger Wirkstoff, welcher auch Nützlinge tötet. Das Mittel darf im Biolandbau nur sehr eingeschränkt und teilweise nur mit Sonderbewilligungen eingesetzt werden.

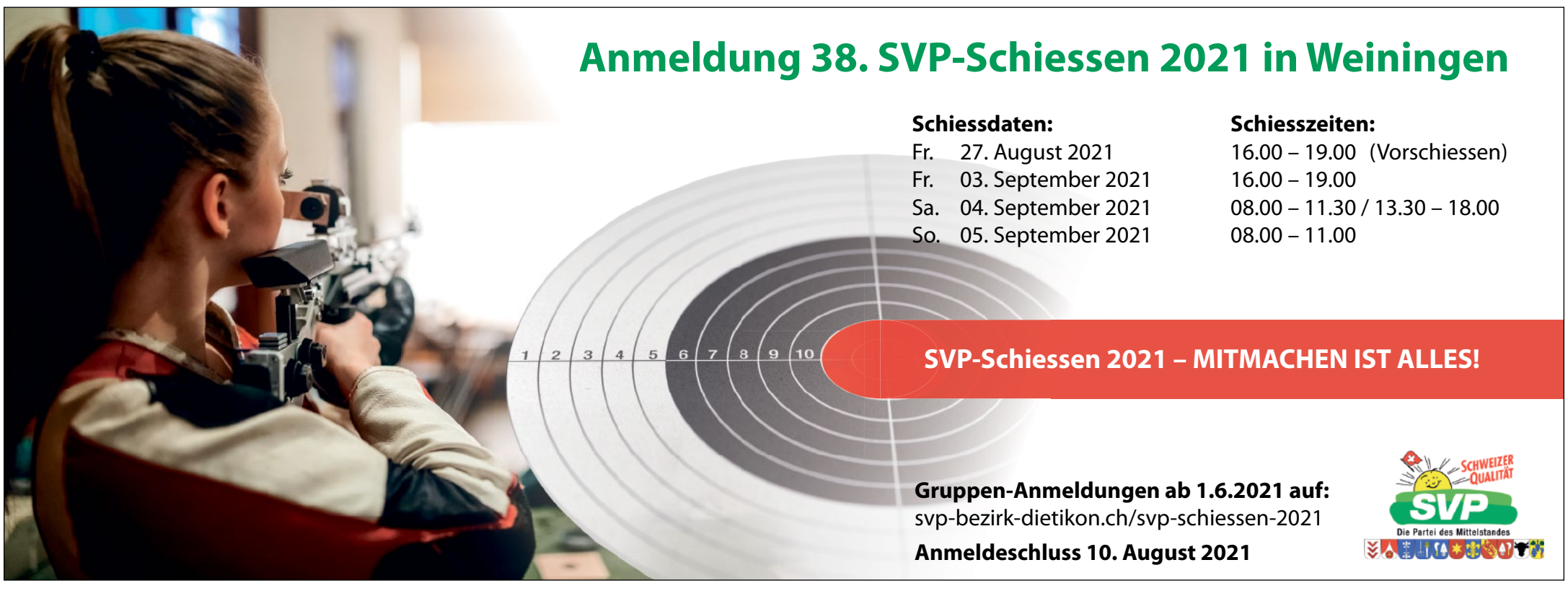
Werbung für die Pestizidinitiative, Werbung für synthetische Pestizide und als Bestseller den Hobbygärtnern den Wirkstoff Spinosad empfehlen – wo bleibt die unternehmerische Verantwortung der Ernst Meier AG? Dem bekannten Traditionsunternehmen aus dem Zürcher Oberland scheint das Fingerspitzengefühl verloren gegangen zu sein. Ein Affront für alle Bauernfamilien, welche aufgrund der Initiativen um ihre Existenz bangen.

Domenik Ledergerber, Kantonsrat SVP, Herrliberg

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11



SVP DIGITAL

Teleblocher
Christoph Blocher im Gespräch mit Matthias Ackeret; Folge 718: Über Unsinn einer Marktzutrittsgebühr.

In den Sümpfen von Bern
Interview mit Marcel Dettling, bestgewählter Nationalrat der Schweiz.

Schweizerzeit
CO_2-Gesetz: Die Nerven liegen blank.

TAGUNG «AUFTAKT ZU ERFOLGREICHEN KOMMUNALWAHLEN 2022»

Samstag, 12. Juni 2021, 08.30–12.00 Uhr, Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, 8308 Illnau.
Die Platzzahl ist beschränkt.
Anmeldung unter
www.svp-zuerich.ch/wkt21

GEDENKFEIER ZUM STOPP DER VERHANDLUNGEN ÜBER DAS RAHMENABKOMMEN

Samstag, 26. Juni 2021, 18.30 Uhr, Schlattgut, Schlattstrasse 67, 8704 Herrliberg. Ab 19.30 Uhr Grussbotschaften von Kantonalparteipräsident Benjamin Fischer und den Nationalräten Roger Köppel und Thomas Matter.
Um 21.30 Uhr Nationalhymne und Höhenfeuer.
Unterhaltung mit Leila Elmer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat (ohne Januar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 12. Juli 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 6. September 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Winterthur
Samstag, 10. Juli 2021, 17.00 Uhr, Jubiläumsfest 100 Jahre SVP Winterthur & Wahlkampfauftakt, Frohsinnareal beim Beck Lyner, Winterthur-Wülflingen.

Mittwoch, 1. September 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Mittwoch, 3. November 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Sonntag, 7. November 2021, 10.00 Uhr, Spaghetti-Plausch, Lokalität noch offen, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Freitag, 10. Dezember 2021, 18.00 Uhr, Chlausabend, Lokalität noch offen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 12. Juni 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 25. Juni 2021, 18:00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Nationalrat Andreas Glarner, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema: Migrationspolitik zwischen Gutmenschen und Hardlinern.

Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Freitag, 26. November 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich.
Thema: Die Auswirkungen im Kanton Zürich, wenn Rot-Grün dominiert.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. September 2021, bis Sonntag, 5. September 2021, SVP-Schiessen 2021, Weiningen (Vorschiessen am Freitag, 27. August 2021). Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

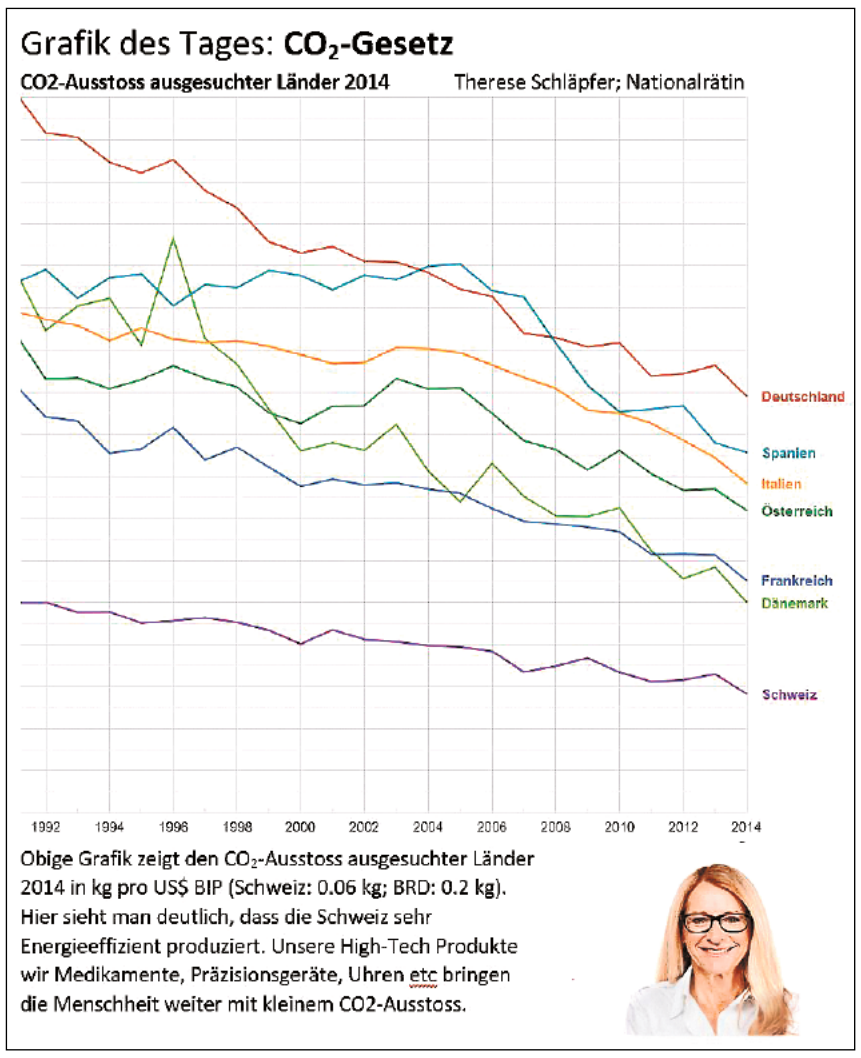
Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

2x NEIN
zu den extremen Agrar-Initiativen
«Trinkwasser» & «Pestizidfrei»
JUN 13